

## **„Investigative Reporting“ in den USA: Welche Strukturen stützen den Recherche-Journalismus?**

*Manfred Redelfs*

Aus:

Horst Pöttker/Christiane Schulzki-Haddouti (Hrsg.):  
Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt? 10 Jahre "Initiative Nachrichtenaufklärung",  
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 131 - 155.

Wenn es um die gründliche, aufdeckende Recherche geht, haben die US-Journalisten es schon in begrifflicher Hinsicht leichter als ihre deutschen Kollegen: Für den in Amerika gängigen Terminus „investigative reporting“ fehlt bei uns eine allgemein akzeptierte Entsprechung. Bereits die Notwendigkeit, Recherche als Spezialisierungsgebiet hervorzuheben, obwohl sie doch eigentlich zu den Kernkompetenzen jedes Journalisten gehören sollte, stößt auf Kritik. „So wie ein Fliesenleger Fliesen legt, muss ein Journalist recherchieren“, hat Hans Leyendecker von der „Süddeutschen Zeitung“ den Sachverhalt auf den Punkt gebracht. Doch im gleichen Zusammenhang hat er dann davor gewarnt, dass manche Chefredakteure unter Recherche bereits verstehen, „dass man ohne Hilfe der Sekretärin eine Telefonnummer findet“ (Jacobi 2001). Der Begriff verlangt in Deutschland folglich eine Präzisierung, damit es nicht zu Missverständnissen kommt. Ferner ist die Begriffsunsicherheit ein erstes Indiz dafür, dass ein aufdeckender Journalismus bei uns offenbar schwächer entwickelt ist als in den USA, wo „investigative reporting“ auf eine lange Tradition zurückblicken kann und eine Leitbildfunktion für den gesamten Berufsstand einnimmt. Nicht erst seit der Watergate-Affäre werden dort mit großen Recherchen die Pulitzerpreise gewonnen. Für den hohen Stellenwert des „investigative reporting“ spricht ferner, dass sich bereits 1975 der Berufsverband „Investigative Reporters & Editors“ (IRE) gegründet hat, dem heute rund 4.000 Journalisten angehören. Ein deutsches Pendant, das „Netzwerk Recherche“, folgte erst im Jahr 2001.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001, dem Afghanistan- und dem Irak-Krieg war es aufgrund der innenpolitischen Entwicklung in den USA für regierungskritische Stimmen zeitweilig deutlich schwieriger geworden, Gehör zu finden. Zu Recht ist in Europa der patriotische Tenor auf Kritik gestoßen, mit dem vor allem die amerikanischen TV-Sender den Irak-Krieg unterstützt und die Sichtweise der US-Regierung sowie der Militärs nur zu bereitwillig übernommen haben. Angesichts dieser Entwicklung mag die hier vertretene These, der investigative Journalismus sei in den USA stärker verankert als in Deutsch-

land, zunächst überraschen. Für die Bewertung der Recherchekultur wäre es jedoch eine unzulässige Verengung, sich hauptsächlich auf die kurze und krisenhafte Phase seit dem 11. September 2001 zu beziehen. Ferner ist in Rechnung zu stellen, dass „investigative reporting“ in den Vereinigten Staaten im Regelfall nicht die internationale Politik ins Blickfeld nimmt, die in Deutschland intensiver wahrgenommen wird, sondern sich auf nationale oder regionale Themen bezieht. Die „Beißhemmung“, die im US-Journalismus während des Irak-Kriegs einsetzte, hat erfreulicherweise keine vergleichbaren Auswirkungen auf andere Themenfelder wie etwa Korruptionsrecherchen bei den größeren Regionalzeitungen gehabt.

Dieser Beitrag geht der Frage nach, woran es liegt, dass der investigative Journalismus in den USA einen ganz anderen Stellenwert hat als in Deutschland. Das Hauptaugenmerk soll dabei nicht auf individuelle Eigenschaften gerichtet werden – wie die sprichwörtliche „Spürnase“ –, sondern auf übergeordnete strukturelle Faktoren, die eine höhere Erklärungsrelevanz besitzen. In Anlehnung an das von Weischenberg und Scholl (1998) vorgeschlagene Modell der Kontexte des Journalismus wird auf vier Ebenen nach den Rahmenbedingungen für investigativen Journalismus gefragt:

- Anhand des Konzeptes der politischen Kultur wird der politisch-gesellschaftliche Kontext des „investigative reporting“ in den USA betrachtet und dabei auch dessen demokratietheoretische Bedeutung herausgearbeitet.
- Auf der ökonomischen Ebene sind die Konkurrenzbedingungen im Medienmarkt zu beleuchten, und es soll nach den Chancen für einen Journalismus gefragt werden, der wegen seines hohen Aufwands keine schnelle Rentabilität verspricht.
- Die rechtliche Ebene rückt die juristischen Bedingungen für Recherchen ins Blickfeld, wie sie sich durch die Auskunftsansprüche gegenüber Behörden, aber auch durch die Absicherung vor Rechtsansprüchen Dritter (z. B. Beleidigungsschutz) ergeben.
- Die journalistisch-professionelle Ebene beleuchtet schließlich die Voraussetzungen, die die Profession selber für die Rechercheförderung geschaffen hat, sei es durch Ausbildungsprogramme, interne Vernetzung oder die Arbeitsorganisation in den Redaktionen.

## 1. Begriffsdefinition

Der Einwand, jeder „gute Journalismus“ lebe von der Recherche, so dass der Begriff „investigative reporting“ ein „weißer Schimmel“ sei, kann durch Verweis auf die Ausdifferenzierung des journalistischen Berufsbildes schnell entkräftet werden: Wer etwa als Nachrichtenredakteur in der dpa-Zentrale die Meldungen der Kollegen aus den Außenredaktionen bearbeitet oder wer im Fernsehen als Moderator Nachrichten präsentiert, ist sicherlich Journalist und noch dazu im Qualitätsjournalismus tätig. Eine eigene vertiefte Recherche ist für solche Arbeitsplätze aber weit weniger gefordert. Als Kennzeichen einer bestimmten Spezialisierung ist die Betonung der Recherche-Kompetenz also sinnvoll. Gleichzeitig ist es erforderlich, eine Abgrenzung zu journalistischen Routinarbeiten vorzunehmen, damit nicht jede Ergänzungsrecherche oder Plausibilitätsprüfung mit einem hochtrabenden Terminus belegt wird.

Unter „investigative reporting“ wird hier eine Form des US-Journalismus verstanden, bei der durch intensive Recherche bisher unbekannte Sachverhalte von politischer Relevanz öffentlich gemacht werden, die Einzelne, Gruppen oder Organisationen verbergen möchten. Ziel von „investigative reporting“ ist es, Missstände aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufzudecken.

Die Definition betont somit:

- den US-Kontext, der eine Reihe von Besonderheiten aufweist, die im Weiteren herauszuarbeiten sind.
- die aktive Reporterrolle: Der Journalist selbst findet etwas heraus. Wenn Informanten sich aus eigener Initiative an die Redaktion wenden, ist das kein „investigative reporting“.
- die politische Dimension von „investigative reporting“: Was Stars und Sternchen in ihrem Privatleben machen, kann zwar u. U. mit Recherchemethoden eruiert werden, die auch im „investigative reporting“ angewandt werden. Allerdings muss zur Arbeitsmethodik noch das normative Element der Machtkontrolle hinzukommen, das bei Klatschgeschichten schwerlich gegeben ist.
- Es geht um eine konflikthafte Situation, um eine Recherche gegen Widerstände. Das bloße Zusammentragen bisher unveröffentlichter Fakten reicht zur Qualifizierung als „investigative reporting“ somit nicht aus.
- Schließlich erfüllt „investigative reporting“ eine demokratietheoretisch wichtige gesellschaftliche Funktion, indem diese journalistische Form in

besonderer Weise zur Aufdeckung von Missständen beiträgt. Das Selbstverständnis der Journalisten ist das einer kontrollierenden „vierten Gewalt“.

## **2. Politische Kultur: Misstrauen gegenüber staatlicher Zentralgewalt fördert kritische journalistische Grundhaltung**

Das Konzept der politischen Kultur bezeichnet nach McClosky und Zaller „a set of widely shared beliefs, values, and norms concerning the relationship of citizens to their government and to one another in matters affecting public affairs“ (McClosky/Zaller 1984: 17). Legt man dieses Analyseraster an, fällt in den USA vor allem die weit verbreitete Skepsis gegenüber jeder staatlichen Zentralgewalt auf. Sie drückt sich institutionell in einem ausgeklügelten System der „checks and balances“ aus und findet auf der Meinungsebene ihren Niederschlag in einem sehr geringen Ansehen der Politiker. Jedes Jahr veröffentlicht das Meinungsforschungsinstitut Gallup Umfragen zu den ethischen Standards verschiedener Berufsgruppen. Dort rangieren Politiker seit Jahren auf den hinteren Rängen. Selbst bei der Erhebung vom November 2001, als der Parteienstreit angesichts der Anschläge vom 11. September in den Hintergrund getreten war, belegten die Politiker nur den 14. Platz – direkt vor den Automechanikern, die zusammen mit den Gebrauchtwagenhändlern nicht gerade als Inbegriff von Seriosität gelten (Gallup 2006 und 2001). Dieses tief verankerte Misstrauen, das grundlegender ist als die in Deutschland beklagte Politikverdrossenheit, schafft günstige Ausgangsbedingungen für einen Journalismus der Machtkontrolle: Die amerikanische Öffentlichkeit ist offensichtlich der Meinung, dass man politischen Amtsträgern sehr genau auf die Finger schauen muss, so dass sich investigativ arbeitende Journalisten auf diese Grundhaltung stützen und für sich leichter eine Rolle als kontrollierende „vierte Gewalt“ reklamieren können.

Im Übrigen zeichnen sich die USA in den gesellschaftlichen Grundfragen durch einen weitgehenden Konsens aus, der sich auch darin ausdrückt, dass die beiden großen Parteien programmatisch sehr eng beieinander liegen. Zwar gibt es auch in den USA Streitfragen, bei denen die Gesellschaft gespalten ist und die zu höchst kontroversen Debatten führen – z. B. das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Die unterschiedliche Positionierung in moralischen Fragen zieht sich aber durch beide Parteien. Der weitgehende Wertekonsens führt dazu, dass journalistische Kritiker nicht so leicht ausgegrenzt werden können, wie dies in Deutschland der Fall ist, wo eindeutiger als in den USA unterschiedliche politische Lager ausgemacht werden können. Der politische Konflikt kreist in den Vereinigten Staaten weniger um ideologische Gegensätze als vielmehr um die Realisierung weitgehend geteilter Werte. Öffentliche Debatten, wie wir sie in

Deutschland z. B. um die Rolle der 68er-Generation und die Vergangenheit von Fischer und Trittin erlebt haben, sind den Amerikanern eher fremd. In Deutschland fällt es dagegen leichter, Kritikern eine ideologische Absicht zu unterstellen, so wie das die „Bild“-Zeitung bei Wallraff mit dem Begriff des „Untergrundkommunisten“ versucht hat oder wie es anklingt, wenn Politiker von der „roten Kampfpresse“ oder dem „Hamburger Meinungskartell“ sprechen. Der Versuch, unliebsame Journalisten abzustempeln, fällt in den USA eher auf die Politiker zurück, denen ein solches Verhalten von der Öffentlichkeit als mangelnde Souveränität ausgelegt wird. In der Bundesrepublik hat die Beschimpfung von Journalisten durch Politiker dagegen eine lange und unrühmliche Tradition – die sich im Übrigen bei Vertretern aller Parteien findet (Pöttker 2003: 190f.). Die herablassende Art, mit der z. B. Helmut Kohl stets mit Journalisten umgegangen ist, wäre in den USA so nicht denkbar gewesen.

Eine wichtige Einschränkung ist zu diesem Punkt allerdings zu machen: Wenn es eine äußere Bedrohung der USA gibt, wie durch die Terroranschläge vom 11. September 2001, stellen sich alle Lager hinter den Präsidenten, der mit seinem Amt die Einheit der Nation repräsentiert. In solchen Situationen haben kritische Stimmen es ausgesprochen schwer, öffentlich wahrgenommen zu werden, weil sie schnell in den Verdacht geraten, „unpatriotisch“ zu sein. Kritiker, die wie die Schriftstellerin Susan Sontag die offizielle US-Politik in Frage stellen oder wie der Fernsehmoderator Bill Maher den Einschätzungen des Präsidenten in provokanter Form widersprachen, sahen sich massiver öffentlicher Kritik ausgesetzt (Kleinsteuber 2002). Hinzu kommt, dass mit dem stramm konservativen Fernsehsender Fox seit einigen Jahren eine Berichterstattung Einzug hält, die gar nicht mehr den Anschein erweckt, sich an klassischen journalistischen Nachrichtenkriterien und dem Streben nach wahrhaftiger Berichterstattung zu orientieren. Fox News trommelte in seinen Nachrichten sehr demonstrativ für die Kriegspolitik des Präsidenten und appellierte ständig an die patriotischen Gefühle der Fernsehzuschauer. Obwohl das aufgeheizte Meinungsklima nicht gerade förderlich für investigativen Journalismus war, traten jedoch zwei Altmeister der Recherche auf den Plan, die selbst in dieser Ausnahmesituation ihrem Ruf gerecht wurden (Barringer 2001): Bob Woodward, der zusammen mit Carl Bernstein die Watergate-Recherchen der „Washington Post“ betrieben hatte, enthüllte dank seines Informanten-Netzwerkes als erster, dass die USA längst mit Bodentruppen in Afghanistan aktiv waren, als dies vom Pentagon noch geleugnet wurde (Woodward 2001). Seymour Hersh, der durch die Aufdeckung des My Lai-Massakers in Vietnam Pressegeschichte geschrieben hat, publizierte in der Zeitschrift „New Yorker“ lange Hintergrundberichte über das Versagen der amerikanischen Geheimdienste und über Fehlschläge der US-Bodenoffensive (Hersh 2001a und 2001b). Hersh war es auch, der als erster

über die Folterungen im Militärgefängnis Abu Ghraib recherchierte und die Verantwortung der Pentagonführung aufdeckte (Hersh 2004a und 2004b). Trotz der patriotischen Töne, mit denen sich die US-Medien nach dem 11. September präsentierten, hielten die Qualitätsmedien am investigativen Journalismus fest und beugten sich nicht einfach dem Druck der öffentlichen Meinung. Diesem professionellen Reflex sind auch Enthüllungen zu verdanken wie die der „New York Times“ über Pläne des Verteidigungsministeriums, gezielt Unwahrheiten zu verbreiten, wenn dies im Ausland dazu dienen kann, Zustimmung für die US-Politik zu gewinnen (Dao/Schmitt 2002).

Die geringere Rolle des Staates wird in den USA durch ein ausgeprägtes philanthropisches Netzwerk kompensiert. Es gibt eine Fülle von privaten Stiftungen, die gemeinnützige Aufgaben übernehmen. Davon profitiert „investigative reporting“, weil diese Gelder auch den Government Watchdog Organizations zugute kommen (Redelfs 1996: 278ff.). Das sind Einrichtungen, die sich zum Ziel gesetzt haben, der Regierung und auch den Parteien auf die Finger zu schauen. Eine typische Organisation dieser Art ist die „Better Government Association“ in Chicago, gegründet 1923, also zu Hochzeiten des Alkoholschmuggels und der organisierten Kriminalität (BGA 2007). Die „Better Government Association“ wurde von Bürgern gegründet, die etwas gegen die Korruption in der Politik unternehmen wollten und denen dabei eine strikt überparteiliche Orientierung wichtig war. Schnell hat die Organisation entdeckt, dass sie sehr viel mehr erreichen konnte, wenn sie ihre Rechercheergebnisse nicht nur selbst veröffentlichte, sondern den Zeitungen zur Verfügung stellte und sich möglichst nach ersten Vorrecherchen bereits Partner für die Veröffentlichungen suchte. Das Modell ist folglich, dass eine Organisation, die quasi aus übergeordneten demokratietheoretischen Gründen recherchiert, ihre Ergebnisse den kommerziellen Medien zur Verfügung stellt. Eine solche Kooperation führt dazu, dass das sehr teure „investigative reporting“ auch dann eine Chance hat, wenn es ökonomisch für die Redaktionen keinen Anreiz gibt, aufwändige und im Ausgang ungewisse Recherchen zu beginnen. Das „Center for Investigative Reporting“ in San Francisco (CIR 2007) oder das „Center for Public Integrity“ in Washington (CPI 2007) sind vergleichbare Government Watchdog Organisationen. Zu der gemeinnützigen Recherechförderung gehört auch, dass es in den USA mehrere Stipendien für große Recherche-Vorhaben gibt. Auch damit wird der ökonomische Nachteil, vor dem ein sehr aufwändiger Journalismus steht, zumindest zu einem kleinen Teil ausgeglichen.

### 3. **Ökonomische Ebene: Chancen eines teuren und risikoreichen Journalismus**

Der investigative Journalismus steht vor dem Problem, dass er im Regelfall keine ökonomische Effizienz beanspruchen kann. Während der Nachrichtenjournalismus gut standardisierbar und sein Endprodukt universell verkäuflich ist (Weischenberg 1995: 112ff.) und unterhaltungsbetonte Formate hohe Verkaufsauflagen oder Einschaltquoten garantieren, kommt der investigative Journalismus weitaus sperriger daher: Er ist riskant, weil er mit der Gefahr einhergeht, dass sich ein Anfangsverdacht auch nach aufwändigen Nachforschungen nicht schlüssig belegen lässt, der Aufwand dann also vergeblich war. Hinzu kommt, dass komplizierte Recherchen zumeist von erfahrenen Journalisten übernommen oder zumindest redaktionell betreut werden müssen, so dass teure Arbeitskraft gebunden wird. Schließlich ist der investigative Journalismus aber selbst im Erfolgsfall häufig mit Unannehmlichkeiten für den Verlag oder den Sender verbunden, denn konfliktträchtige Enthüllungen ziehen fast zwangsläufig Ärger mit Anzeigenkunden, Politikern oder Privatleuten nach sich, die sich gegen kritische Veröffentlichungen zu wehren versuchen.

Diesen Schwierigkeiten steht auf der ökonomischen Ebene der Vorteil gegenüber, dass der investigative Journalismus wie keine andere journalistische Form Exklusivberichte hervorbringt und damit im Medienwettbewerb auch Pluspunkte einspielen kann. Außerdem genießt der Recherche-Journalismus ein hohes professionelles Renomme und ist damit – auch unabhängig von weitergehenden demokratietheoretischen Überlegungen – ein wichtiger Imagefaktor.

Der ökonomische Nachteil des investigativen Journalismus wird in den USA zum Teil durch das beschriebene Zusammenspiel mit nichtkommerziellen Rechercheeinrichtungen kompensiert, aber keineswegs komplett ausgeglichen. Ungeachtet der Kosten, die investigativer Journalismus mit sich bringt, ist er in den USA nicht allein eine Domäne der großen Qualitätszeitungen, bei denen man diese journalistische Form schon aus Imagegründen vermuten würde. Immerhin ein Drittel der IRE-Mitglieder ist für Zeitungen tätig, deren Auflage unter 100.000 Exemplaren liegt (Redelfs 1996: 228). Unter den Pulitzer-Preisträgern in der Kategorie „Investigative Reporting“ sind in den letzten zehn Jahren mehr kleine Zeitungen vertreten gewesen als Objekte großer Verlage. So wurden z. B. Projekte geehrt wie das des „Providence Journal-Bulletin“ über Korruption im Justizapparat von Rhode Island, des „Orange County Register“ über Mittelverschwendung an kalifornischen Universitätskliniken oder des „Toledo Blade“ über die Kriegsverbrechen einer Spezialeinheit im Vietnamkrieg (Pulitzer 2007). Zwar können es sich vorrangig die großen Blätter leisten, ganze Teams von Journalisten dauerhaft für investigative Arbeit freizustellen, wie es

etwa die „Washington Post“ betreibt. Aber auch bei den Regionalzeitungen spielt die investigative Recherche traditionell eine wichtige Rolle, weil sie von Chefredakteuren oder Ressortleitern zum unverzichtbaren Selbstverständnis der Presse als vierte Gewalt gerechnet wird. Zeitungen wie der „Philadelphia Inquirer“, der im Grunde keine große Ausstrahlung über das unmittelbare Verbreitungsgebiet hinaus besitzt, konnten über ambitionierte Recherche-Projekte sowohl lokale als auch nationale Aufmerksamkeit erzielen.

Ökonomisch brachte der Markt der amerikanischen Regional- und Lokalzeitungen über lange Zeit gute Voraussetzungen für teure Recherchevorhaben mit, denn die Gewinnmargen in dieser Branche lagen traditionell an der Spitze der US-Wirtschaft: 20 bis 30 Prozent waren in den 1980er und -90er Jahren keine Seltenheit. Bevor es in jüngster Zeit wie in Deutschland zu Anzeigeneinbrüchen kam, erreichte im Jahr 2000 selbst die durchschnittliche Gewinnspanne aller Zeitungsunternehmen 21,5 Prozent (Laventhol 2001: 19). Allerdings sind derartige Profitraten keine Garantie mehr dafür, dass die Erlöse in die redaktionellen Ressourcen investiert werden. Erstens genießen 99 Prozent der Blätter heute an ihrem Erscheinungsort eine Monopolstellung, brauchen sich also nicht durch außergewöhnliche journalistische Leistungen von Mitbewerbern abzuheben (Bagdikian 2004: 121). Der ökonomische Anreiz, nach Exklusivgeschichten zu recherchieren, entfällt damit. Zweitens sind heute 98 Prozent aller US-Zeitungen nicht mehr im Alleinbesitz einer Verlegerfamilie, sondern gehören zu einer der großen Zeitungsketten, die als Aktiengesellschaften organisiert sind. Dieser Strukturwandel hat inhaltliche Folgen. Wie der Pressekritiker Ben Bagdikian seit Jahren warnt, sehen sich die großen Unternehmen weniger dem Nutzen einer lokalen Gemeinde als vielmehr dem ihrer Aktionäre verpflichtet. Während traditionelle Verlegerfamilien kein Interesse hatten, die Gewinnspannen ständig weiter in die Höhe zu schrauben, solange ihre Zeitungen hinreichend profitabel waren, um einen angenehmen Lebensstandard und Zukunftsinvestitionen zu sichern, sind ständige Steigerungsraten aus der Perspektive von Börsenanalysten plötzlich zu einem wichtigen Faktor geworden.

Als abschreckendes Beispiel gilt in diesem Zusammenhang der größte Zeitungskonzern der USA, Gannett, der unter seinem Vorsitzenden Neuharth 86 Quartale hintereinander ständige Gewinnsteigerungen verkünden konnte – die zumeist mit Einsparungen bei den Redaktionsausgaben erkaufte wurden (Roberts 2001: 14). Das Flaggschiff dieses Konzerns, die 1982 gegründete Tageszeitung „USA Today“, ist mit ihren kurzen Artikeln, der Service-Orientierung und dem an der Fernsehästhetik geschulten Einsatz farbiger Grafiken zum Symbol für einen neuen, leicht konsumierbaren Journalismus geworden, der folgerichtig auch als „McPaper Journalism“ bezeichnet wird. Die großen Profite führten wiederum zum Auftreten völlig neuer Investoren, die keinerlei publizistische



Mission mehr verfolgen. So ist der Pensionsfonds der Staatsbediensteten von Alabama über die 1997 gegründete Community Newspaper Holdings Inc. innerhalb von vier Jahren zum Besitzer von 115 Tageszeitungen und damit zu einem der wichtigsten Player in der US-Presselandschaft geworden (Facts about Newspapers 2001). Diese Entwicklung wird als „Corporatization“ bezeichnet und von Journalisten wie Medienwissenschaftlern äußerst sorgenvoll kommentiert. Der „Columbia Journalism Review“ erschien daher mit der warnenden Titelgeschichte „Money Lust – How Pressure for Profit is Perverting Journalism“ (Hickey 1998).

Die Bedingungen für investigativen Journalismus bei den amerikanischen Tageszeitungen verschlechtern sich folglich seit einigen Jahren. Die Konzentrationswelle geht aufgrund veränderter Mediennutzungsgewohnheiten und der Konkurrenz durch Online-Medien mit einer ständig sinkenden Reichweite einher. So gaben 2004 nur noch 60 Prozent der Bevölkerung an, regelmäßig eine Tageszeitung zu lesen (The State of the News Media 2005: 9). Viele Redaktionen schrecken daher vor komplizierten und möglicherweise kontroversen Recherche-Geschichten zurück. Allerdings gibt es stets auch Gegenbewegungen und Versuche, sich gezielt vom Trend des „reader friendly journalism“ und seiner leichten Konsumierbarkeit abzusetzen. Mit dem Kostendruck verändern sich gleichzeitig die Anforderungen an Rechercheprojekte: Sie müssen stärker als früher Erfolg versprechend sein, die Recherchehypothese also mit einiger Sicherheit und überschaubarem Aufwand belegt werden können. Auch an die Darstellung, den Stil und die gesamte Präsentation der Recherche-Ergebnisse wird nach Einschätzung der IRE heute ein erhöhter Anspruch gestellt. Damit kommt der Professionalisierung des Recherche-Journalismus eine große Bedeutung zu.

Auf dem amerikanischen Zeitschriftenmarkt dominieren die Spezialmagazine. Sie haben zumeist wenig Interesse an investigativem Journalismus, weil sie in ihrem möglichst präzise definierten Marktsegment von einer sehr speziellen Anzeigenklientel abhängig sind, die nicht durch kritische Berichte über die eigene Branche verschreckt werden soll. Politische Magazine wie „The Nation“, „The Progressive“ oder „Mother Jones“ drucken gelegentlich aufwändigere Rechercheberichte, können ihren freien Autoren allerdings nur wenig Honorar zahlen und sind damit auf das beschriebene Netzwerk der nichtkommerziellen Zusatz-Finanzierung angewiesen. Die Nachrichtenmagazine „Time“, „Newsweek“ und „U.S. News & World Report“ sehen sich traditionell eher als Chronisten des Wochengeschehens, das mit Hintergrund und Analyse angereichert wird – nicht so sehr als Hort der Rechercheure wie in Deutschland der „Spiegel“.

Im US-Fernsehen gilt das Magazin „60 Minutes“ als Flaggschiff des „investigative reporting“. Mit ihrer Mischung aus gründlicher Recherche, unterhaltungsbetonten und personenorientierten Stücken ist die CBS-Sendung auch kommerziell derart erfolgreich, dass sie ihrem Network Anfang der 1990er Jahre jährliche Gewinne von 50 bis 70 Millionen Dollar eingebracht haben soll (Zimmerman 1993: 41). Mittlerweile ist diese Spanne auf immer noch stolze 40 Millionen Dollar Jahresgewinn geschrumpft (Schuler 2002). Über Jahrzehnte zählte „60 Minutes“ zu den Sendungen des US-Fernsehens mit der höchsten Einschaltquote und demonstrierte damit, dass aufwändige und provokative Recherchen sowie kommerzieller Erfolg kein zwangsläufiger Gegensatz sein müssen.

Insgesamt spielt der investigative Journalismus im US-Fernsehen nicht die Rolle, die er bei den Tageszeitungen einnimmt. Die im kommerziellen Fernsehen zwangsläufigen Versuche, den Erfolg von „60 Minutes“ durch ähnliche Formate zu kopieren, haben sich wiederholt als Flop erwiesen, weil zu sehr auf vordergründige Unterhaltungseffekte wie überfallartige Interviews und die Verfolgung vermeintlicher Missetäter mit versteckter Kamera gesetzt wurde. Das Etikett „investigativ“ diente dabei häufig der besseren Vermarktung, ohne dass die auf dramatische Effekte angelegte Machart durch die reale Tragweite des „Skandals“ gedeckt war. Auch lokale Fernsehstationen setzen gerne auf den hohen Aufmerksamkeitswert sensationsheischender Enthüllungsberichte. Sie werden vorrangig zur „sweeps period“ ausgestrahlt, wenn die für die Werbepreise relevanten Einschaltquoten gemessen werden. Innerhalb der journalistischen Zunft stößt dieser Missbrauch des Begriffes „investigativ“ auf heftige – allerdings folgenlose – Kritik.

#### **4. Rechtliche Rahmenbedingungen: großes Gewicht der „vierten Gewalt“ und weitgehende Auskunftsrechte**

Während in Deutschland die Rolle der Presse als „vierte Gewalt“ durchaus kontrovers diskutiert wird und sofort die Frage nach der Legitimation einer solchen Funktion nach sich zieht (Kleinsteuber 1997), hat das oberste Gericht der USA den Medien wiederholt eine „checking value“ zugesprochen. Noch vor der Watergate-Erfahrung formulierte Richter Hugo Black 1971 in der berühmten Entscheidung zum Fall der „Pentagon Papers“, die die „New York Times“ veröffentlicht hatte, obwohl sie dafür von der Regierung des Landesverrats bezichtigt wurde:

„The Government’s power to censor the press was abolished so that the press would remain forever free to censure the Government. The press was protected so that it could bare the se-

crets of government and inform the people. Only a free and unrestrained press can effectively expose deception in government.” (zit. n. Blasi 1977: 649)

In den wichtigen presserechtlichen Entscheidungen hat der Supreme Court folgerichtig den Schutz der Pressefreiheit deutlich über die Rechtsinteressen Einzelner gestellt, etwa beim Beleidigungsschutz. Mit ihrem Urteil im Fall „New York Times vs. Sullivan“ haben die obersten Richter 1964 eine sehr hohe Hürde errichtet, die Journalisten vor Regressansprüchen von Personen des öffentlichen Lebens schützt. Die Anforderung, dass eine ehrverletzende Veröffentlichung nicht nur auf unzutreffenden Behauptungen basiert, sondern in Kenntnis der Unwahrheit in böswilliger Absicht veröffentlicht worden sein muss, macht es für Inhaber öffentlicher Ämter nahezu unmöglich, die Medien erfolgreich auf Schadenersatz zu verklagen. Ein solches Urteil hat für einen Journalismus, der in seiner Grundanlage konfliktorientiert ist, natürlich eine besondere Bedeutung. Einige Autoren vertreten daher die Auffassung, die legendäre Sullivan-Entscheidung habe den Aufschwung des investigativen Journalismus in den späten 1960er und -70er Jahren überhaupt erst möglich gemacht (so Lewis 1991: 158).

Zwar hat es im Laufe der Jahre immer wieder Einzelfallentscheidungen gegeben, die von den amerikanischen Journalistenverbänden kritisiert wurden (Kirtley 2000). Insgesamt ist es in den USA aber bei „pressefreundlichen“ Entscheidungen geblieben – und zwar auch unter der konservativen Mehrheit des Supreme Court. Während auf Feldern der Bürgerrechts- oder Sozialgesetzgebung deutliche Neugewichtungen durch die Konservativen zu erkennen sind, bleibt der gesamte Bereich des First Amendment von dieser Akzentverschiebung bisher ausgespart. Das dürfte daran liegen, dass die von Reagan und Bush senior berufenen Richter vor allem auf Staatsferne setzen – und in diesem Punkt die Presserechtsprechung früherer Jahre durchaus mittragen können.

Eine zentrale Bedeutung für den investigativen Journalismus hat der Informantenschutz. Obwohl die Mehrzahl der US-Bundesstaaten ihn mit so genannten „shield laws“ garantieren, kommt es immer wieder zu spektakulären Fällen, in denen Journalisten zur Preisgabe von Namen gezwungen werden sollen. Im Herbst 2004 waren in den USA gleich acht Reporter von Beugehaft bedroht, weil sie sich weigerten, die Namen ihrer Informanten preiszugeben. Der bekannteste Fall betraf dabei die wegen ihrer regierungsnahen Irak-Berichterstattung umstrittene „New York Times“-Journalistin Judith Miller, die tatsächlich 85 Tage im Gefängnis verbrachte, bis ihr Informant sie von ihrem Schweigegelübde entband. Zwei Sportreporter des „San Francisco Chronicle“, die über Doping im Baseball berichtet hatten, wurden 2006 zu 18 Monaten Haft verurteilt, weil sie ihre Quellen nicht offen legen wollten. Die Zeitung ist in die Berufung gegangen. US-Journalisten der renommierteren Medien begreifen es

dabei als Ehrensache, lieber die Strafverfolgung in Kauf zu nehmen, als ihre Quellen zu offenbaren. Festzuhalten bleibt allerdings, dass der Informantenschutz in den USA rechtlich schlechter abgesichert ist als in Deutschland.

Ein weiterer rechtlicher Aspekt bezieht sich auf die Regelung zum Informationszugang: Nach dem Freedom of Information Act (FOIA), den es bereits seit 1966 gibt und der durch Novellierungen zuletzt 1996 bürgerfreundlicher gestaltet wurde, unterliegen alle Bundesbehörden einem sehr weitgehenden Auskunftsanspruch. Über den journalistischen Informationsanspruch hinausgehend besteht danach auch ein Recht, Einsicht in Originalakten zu nehmen oder sich Kopien davon anfertigen zu lassen, soweit keine Ausnahmetatbestände aufgrund von Fragen nationaler Sicherheit, Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen oder personenbezogenen Daten greifen. Die Einsicht in Originalakten ist für die journalistische Recherche naturgemäß ergiebiger als die Auskünfte der Pressestellen. In der Bundesrepublik wurde ein solches allgemeines Akteneinsichtsrecht auf Bundesebene zwar viele Jahre diskutiert, scheiterte aber zunächst am Widerstand der Ministerialbürokratie, die am deutschen Prinzip der „Amtsverschwiegenheit“ festhalten wollte. Als letztes Reformprojekt der Regierung Schröder/Fischer wurde das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) im Sommer 2005 beschlossen, allerdings in Form eines typischen Kompromissgesetzes, das der Verwaltung durch breite Ausnahmeklauseln viel Spielraum lässt, um die Akteneinsicht zu verweigern (Redelfs 2005). 2006 ist das IFG in Kraft getreten – 40 Jahre, nachdem die USA ein Akteneinsichtsrecht für Jedermann eingeführt haben.

Da der Datenschutz in den USA eine geringere Rolle spielt als in Deutschland, machen manche Behörden sogar ihre Rohdaten zugänglich. Aufgrund dieser Praxis konnte sich mit dem „Computer-Assisted Reporting“ sogar eine ganz neue Spezialisierung herausbilden: die Auswertung von öffentlich verfügbaren Regierungsdaten und die Verknüpfung mit anderen Datenbeständen, um in diesem Abgleich-Verfahren journalistisch interessante Erkenntnisse zu gewinnen (Redelfs 2001a). Beispielsweise konnte das „Wall Street Journal“ anhand der Auswertung von 2,7 Millionen Einzelfällen von Hausverkäufen nachweisen, dass Schwarze bei der Vergabe von Hypothekenkrediten benachteiligt wurden, auch wenn sie das gleiche Einkommensniveau vorweisen konnten wie weiße Antragsteller. Die entscheidenden Daten waren nach dem Home Mortgage Disclosure Act öffentlich und mussten nur ausgewertet werden, um ein Phänomen empirisch zu belegen, das auf der anekdotischen Ebene bereits seit langem bekannt war. Seit 1989 widmet sich das National Institute for Computer-Assisted Reporting (NICAR) der Weiterbildung von Journalisten, die Rohdaten der Verwaltung für innovative Recherchen nutzen möchten. Diese Einrichtung wurde mit Hilfe der Journalistenorganisation „Investigative Reporters

& Editors“ an der Journalism School in Columbia/Missouri ins Leben gerufen und ist ein gutes Beispiel dafür, wie US-Journalisten die ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten sehr zielstrebig zum Aufbau neuer Recherche-Kompetenzen genutzt haben.

Zwar beklagen sich die US-Journalisten zu Recht, dass das Antragsverfahren sehr lange dauert und viele Behörden mauern. Trotzdem kann der FOIA bei längerfristigen Hintergrundrecherchen eine wichtige Hilfe sein. Ein Beispiel mag dies illustrieren: Präsident Bush hat vor Antritt seines Amtes einigen Freunden mitgeteilt, er werde aus dem Weißen Haus keine privaten E-Mails mehr verschicken, weil sie nach einer fünfjährigen Sperrfrist unter die Transparenzverpflichtungen fallen könnten. Er hat damit offenbar die Konsequenz aus Erfahrungen während seines Wahlkampfes gezogen, denn da hatte die „New York Times“ unter Berufung auf den Freedom of Information Act seinen Terminkalender als Gouverneur in Texas eingesehen und ausgewertet. Die Zeitung versprach sich davon Erkenntnisse über seinen persönlichen Arbeitsstil und kam zu dem Ergebnis, dass Bush normalerweise gegen 9 Uhr seinen Dienst begonnen hatte, zwei Stunden Mittagspause machte, um Zeit zum Joggen zu haben, und letzte Termine bis 17 Uhr ansetzte. Auf die Entscheidung, ob Todesurteile vollstreckt werden sollen, hatte er nach Auswertung der Zeitung 10 bis 15 Minuten verwendet (Kristof 2000, Redelfs 2001b). Der Fall zeigt, wie weit die Transparenzverpflichtung in den USA geht.

Nach dem 11. September 2001 hat Justizminister Ashcroft ein Memo an alle Regierungsstellen herausgegeben, das zu einer deutlich restriktiveren Interpretation des FOIA aufruft und allen Behörden Rückendeckung durch das Justizministerium anbietet, falls sie aus Sicherheitsgründen Dokumente zurückhalten möchten. Ebenfalls in Reaktion auf die Terroranschläge wurde mit einer Gesetzesnovellierung im Jahr 2002 der Informationszugang bei Geheimdiensten ausgeschlossen, sofern die Antragsteller aus dem Ausland stammen oder für ausländische Organisationen agieren (USDOJ 2004). Die Journalistenorganisation „Reporters Committee for Freedom of the Press“ hat die Versuche, Rechercherechte zu beschneiden, sorgfältig dokumentiert und immer wieder dagegen protestiert (Dalglish/Leslie 2005). Trotz dieser Vorstöße, ein wichtiges Mittel zur Herstellung von Transparenz zu beschneiden, ist es auch in jüngerer Zeit zu einigen Aufsehen erregenden Enthüllungen gekommen, die letztlich auf FOIA-Anträge zurückgehen: Im Frühjahr 2004 veröffentlichte ein Internet-Aktivist Bilder von Särgen toter US-Soldaten, die aus dem Irak überführt worden waren. Die Air Force hatte diese amtlichen Aufnahmen anhand eines auf Verdacht gestellten FOIA-Antrages freigegeben (Carter 2004). Dabei war das Pentagon eigentlich bestrebt, Symbolfotos von den Opfern des Irak-Krieges möglichst komplett aus der Berichterstattung fernzuhalten, um ein Kippen der öffentlichen

Meinung zu verhindern. Ende des Jahres 2004 gelang es der Bürgerrechtsvereinigung „American Civil Liberties Union“ wiederum mit Hilfe des FOIA, die Freigabe von Berichten über Folterungen irakischer Gefangener zu erstreiten (ACLU 2004). Anfang 2007 setzte die Nachrichtenagentur AP durch, dass die Statistik über im Irak getötete Zivilbeschäftigte veröffentlicht werden musste, nachdem bis dahin nur die militärischen Opfer bekannt waren.

Das National Security Archive, das sich auf die Enthüllung ehemaliger Regierungsgeheimnisse spezialisiert hat, ermittelte anhand von Pressedatenbank-Auswertungen für eine Zwölfmonatsperiode 2003/2004 mehr als 4.000 Zeitungsberichte, die auf den Freedom of Information Act als Quelle Bezug nahmen (National Security Archive 2004). Auch wenn darunter bei den spektakuläreren Fällen etliche Mehrfachnennungen der gleichen Recherche sein mögen, unterstreicht dieser Befund den Stellenwert, den der FOIA für den investigativen Journalismus in den USA hat.

## **5. Professionelle Faktoren: Rechercheausbildung, berufliche Leitbilder und Redaktionsorganisation stärken investigatives Element**

Der Recherchejournalismus in den USA profitiert von einer langen Tradition der praxisnahen akademischen Journalistenausbildung. Die erste Journalistenschule wurde in Amerika 1908 in Columbia/Missouri gegründet. Im Jahr 2005 boten ganze 458 Colleges und Universitäten ein Kursprogramm in „journalism“ oder „mass communication“ an, für das insgesamt 195.000 Studenten eingeschrieben waren (Becker et al. 2006a). Unter den Neueinstellungen, die direkt vom College zu einer Zeitung gingen, hatten im Jahr 2005 bereits 85 Prozent einen Abschluss einer „journalism school“ und beim Fernsehen sogar 92 Prozent (Becker et al. 2006b). In Deutschland haben die Hochschulen sich dagegen erst sehr spät, ab den 1980er Jahren, um die Journalistenausbildung gekümmert und allmählich mehr angeboten als rein wissenschaftliche Studiengänge. Während bei uns Recherche oft noch als quasi angeborene persönliche Fähigkeit behandelt wird, sind die US-Kollegen da von Anfang an sehr pragmatisch gewesen und haben Recherche als Handwerk behandelt, zu dem eigene Kurse angeboten werden. Diese unterschiedliche Herangehensweise macht sich auch daran fest, dass es in Amerika etliche Lehrbücher zur Recherche allgemein und auch speziell zu „investigative reporting“ gibt (u. a. Anderson/Benjaminson 1990, Gaines 1998, Ullmann 1995, Weinberg 1996), während in Deutschland das mittlerweile in sechster Auflage vorliegende Standardwerk von Michael Haller (zuerst 1983, jetzt 2004a) lange Zeit ein Solitär war und erst in den zurückliegenden Jahren weitere Veröffentlichungen zur Recherche-Methodik

erschienen sind (Schöfthaler 1997, Leif 1998, Brendel/Brendel 1998, Ludwig 2002, Leif 2003, Netzwerk Recherche 2003).

Die Unterschiede auf der professionellen Ebene sind besonders auffällig, wenn man sich die beruflichen Leitbilder in den USA und in Deutschland vor Augen führt: Der hartnäckige Rechercheur gehört in Amerika spätestens seit „Watergate“ zum journalistischen Mythos und hat in jüngerer Zeit mit dem Film „Insider“ über eine Aufsehen erregende Recherche von „60 Minutes“ erneut Eingang in die Populärkultur gefunden. Große Recherche-Projekte sind für US-Zeitungen die beste Methode, im Wettstreit um die Pulitzer-Preise mitzumischen und damit das Renommee des eigenen Blattes zu steigern. Bedingt durch die berufliche Spezialisierung bringt der US-Journalismus immer wieder bekannte Rechercheure hervor, die nicht nur innerhalb der Profession, sondern auch in der Öffentlichkeit Prominenz besitzen und damit Anerkennung genießen. Fragt man hingegen in Deutschland nach den Namen von investigativen Journalisten, so müssen selbst Vertreter der Presse lange überlegen (Hielscher 2004: 9). Hans Leyendecker, der in Deutschland sicherlich am eindeutigsten mit dem investigativen Journalismus identifiziert und daher an dieser Stelle immer wieder als Zeuge bemüht wird, hat die Situation treffend beschrieben: „Wer bei einer Zeitung den Leitartikel schreiben darf und sonntags im Presseclub sitzen darf, hat den Ausweis höchster Kompetenz erreicht.“ (Leyendecker 2001) Das berufliche Leitbild wird in Deutschland eher durch Feuilletonisten und Kommentatoren geprägt als durch Rechercheure. Wer als Journalist intensiv nachforscht, sieht sich in der Bundesrepublik mitunter gar als „Schnüffler“ diskreditiert (Preger 2004: 55ff.).

Der unterschiedliche Stellenwert der Recherche bei amerikanischen und deutschen Journalisten ist auch anhand empirischer Berufsstudien belegt, die mittlerweile in mehreren Untersuchungswellen vorliegen. Zwar dominiert in beiden Ländern ein Rollenverständnis als Informationsvermittler, wie Weaver und Wilhoit (1996: 136 und 2007) bzw. die Forschungsgruppe Journalismus um Siegfried Weischenberg herausgearbeitet haben (Scholl/Weischenberg 1998: 233 und Weischenberg/Malik/Scholl 2006: 102). Die Gegenüberstellung der Rollenselbstbilder (vgl. Tabelle 1) weist allerdings für die USA gleichzeitig eine sehr hohe Zustimmung für das Ziel „investigate government claims“ aus, wie es in der US-Umfrage heißt. Während dieses Bestreben im Jahr 1992 von 67 Prozent der US-Journalisten als „wichtig oder sehr wichtig“ eingestuft und damit fast gleichauf mit der Informationsfunktion genannt wurde, liegt die Zustimmungsrate bei der jüngsten US-Studie von 2002 sogar bei 71 Prozent, gegenüber 59 Prozent für die Rolle des schnellen Informationsvermittlers. Die Aufgabe als „watchdog“ hat demnach in den Vereinigten Staaten sogar noch an

	Deutschland	USA
komplexe Sachverhalte erklären und vermitteln	79	51
dem Publikum möglichst schnell Informationen vermitteln	74	59
sich auf Nachrichten konzentrieren für das weitest mögliche Publikum	60	15
dem Publikum Unterhaltung und Entspannung bieten	37	10
die Bereiche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kontrollieren	24	71
<i>Anzahl der befragten Journalisten</i>	<i>N = 1.518-1.536</i>	<i>N = 1.149</i>

*Tab. 1:* Journalistisches Rollenverständnis (Prozentsatz der Journalisten, die der genannten Aufgabe voll und ganz oder überwiegend zustimmen; Quelle: Weischenberg/Malik/Scholl 2006: 117)

Gewicht gewonnen. Dieser Befund deckt sich mit dem Bild, dass eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung unter US-Journalisten als zentrale Aufgabe gesehen wird. Zugleich muss allerdings daran erinnert werden, dass es sich hier um das Rollenselbstbild handelt, aus dem nicht zwingend auf die Berufspraxis geschlossen werden kann. So ist es bemerkenswert, dass die hohe Zustimmung zur Kontrolle von Regierungsaktivitäten ein Jahr nach dem 11. September 2001 geäußert wurde, also zu einem Zeitpunkt, als die amerikanischen Medien sich in ihrer Mehrheit nicht gerade durch eine besonders kritische Haltung ausgezeichnet haben. Aber selbst wenn man die US-Ergebnisse bei diesem Item zum Teil als Selbststilisierung verbucht, fallen die deutlichen Unterschiede zur deutschen Journalistenstudie auf, deren Daten im Jahr 2005 erhoben wurden: Nur ein Viertel der deutschen Journalisten beansprucht eine Wächterrolle, gegenüber mehr als zwei Dritteln in den Vereinigten Staaten. Dabei war in Deutschland sogar breiter gefragt worden, nämlich nach der Kontrolle der Bereiche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, während sich die US-Erhebung allein auf die Regierung bezog („investigating government claims“).

Es ist nahe liegend, dass ein Selbstbild als Kontrolleur die investigative Recherche begünstigt, weil damit die Bereitschaft steigt, gegen Widerstände zu arbeiten und z. B. bei mangelnden redaktionellen Ressourcen auch Überstunden und Selbstausschöpfung in Kauf zu nehmen, um eine schwierige Nachforschung zu Ende zu bringen. Diese Plausibilitätsüberlegung wird empirisch gestützt durch eine explorative Studie, die sich mit den Wächterpreisträgern in Deutschland befasst hat und dabei zu dem Ergebnis kommt, dass sich ihr Rollenver-



ständnis deutlich von der Mehrheit der deutschen Journalisten unterscheidet: Die Zeitungsjournalisten, die für eine investigative Leistung mit dem Wächterpreis ausgezeichnet wurden, sehen sich eher als aktive Kritiker und Kontrolleure von Macht denn als neutrale Übermittler von Nachrichten (Gievert 2007: 83 und 2006: 198). Zu dem gleichen Resultat kommt eine weitere neuere Untersuchung, für die elf investigativ arbeitende deutsche Journalisten nach ihrem Selbstverständnis und ihrer Arbeitsweise gefragt wurden (Cario 2006: 126).

Dass in den USA anders gearbeitet wird als in Deutschland, macht sich auch an der Ethik-Debatte fest: Aggressive Recherchemethoden sind in den Vereinigten Staaten eher akzeptiert, weil sie dem Selbstbild entsprechen, im Dienste der Allgemeinheit und eines „public right to know“ tätig zu sein.

Rund zwei Drittel der US-Journalisten erachteten es 1992 als legitim, sich als Mitarbeiter in einem Betrieb oder einer Organisation zu betätigen, um an interne Informationen zu kommen. Bei der jüngsten Umfrage 2002 waren es noch gut die Hälfte (s. Tabelle 2). Diese Methode, die in Deutschland vor allem durch Günter Wallraff bekannt wurde, hielt in der Bundesrepublik 1993 nur ein Fünftel der Journalisten für akzeptabel, und heute stimmt dem sogar nur noch jeder zehnte zu. Noch deutlicher fallen die Unterschiede aus, wenn es darum geht, ob vertrauliche Regierungsunterlagen verwendet werden dürfen: Vier

	Deutschland		USA	
	1993	2005	1992	2002
sich als Mitarbeiter in einem Betrieb betätigen, um an interne Informationen zu kommen	22	11	63	54
vertrauliche Regierungsunterlagen verwenden	26	25	82	78
Informationsquellen unter Druck setzen	2	1	49	52
private Unterlagen wie Briefe und Fotos ohne Erlaubnis veröffentlichen	2	1	48	42
sich durch Geldzuwendungen vertrauliche Unterlagen beschaffen	19	6	20	17
sich als eine andere Person ausgeben, falsche Identität benutzen	19	8	22	14
Informationsquellen Vertraulichkeit zusagen, aber nicht einhalten	1	1	5	-
<i>Anzahl der befragten Journalisten</i>	<i>N = 1.192</i>	<i>N = 1.529-1.536</i>	<i>N = 1.156</i>	<i>N = 1.149</i>

Tab. 2: Einstellungen zu umstrittenen Recherchemethoden (Prozentsatz der Journalisten, die die Methode für vertretbar halten; Quellen: Scholl/Weischenberg 2006: 301 und Weaver/Wilhoit 2007)

Fünftel der US-Journalisten stimmen zu, aber nur ein Viertel ihrer deutschen Kollegen, wobei dieser Wert über die Jahre weitgehend gleich geblieben ist. Dass Recherche in den Vereinigten Staaten aggressiver betrieben wird, zeigt sich auch daran, dass rund die Hälfte der Befragten Informanten unter Druck setzen würde – ein Vorgehen, das in Deutschland so gut wie gar keine Anhänger findet. Insgesamt ist in beiden Ländern die Neigung zu kontroversen Recherchemethoden zurückgegangen, allerdings in Deutschland stärker als in den USA, so dass sich der ohnehin schon merkliche Abstand weiter vergrößert hat.

Aus diesen empirischen Befunden sollte keineswegs der Schluss gezogen werden, US-Journalisten seien grundsätzlich skrupelloser. In manchen Punkten herrschen in den Vereinigten Staaten sogar striktere Standards als in Deutschland. Dies gilt insbesondere für den Missbrauch der beruflichen Rolle zum persönlichen Vorteil: Während in Deutschland der Einsatz des Presseausweises für private Zwecke ein Kavaliersdelikt ist – wenn nicht gar ein Volkssport, wenn man sich einschlägige Tipp-Seiten im Internet anschaut –, gilt dies bei den Qualitätsmedien der USA als schwerer ethischer Verstoß und als Kündigungsgrund. Mögliche Interessenkonflikte sind Gegenstand der in den USA weit verbreiteten „ethic codes“, die sowohl von Berufsverbänden der Journalisten wie Verlegerverbänden und einzelnen Verlagen erlassen wurden. So heißt es im „Standards and Ethics Code“ der „Washington Post“ beispielsweise unzweideutig: „Free admissions to any event that is not free to the public are prohibited.“ (Lippman 1989: 2) Die Zeitung, die seit ihren Watergate-Recherchen einen Ruf als Speerspitze des „investigative reporting“ zu verteidigen hat, verlangt außerdem seit Jahren von allen Mitarbeitern des Wirtschaftsressorts, eigenen Aktienbesitz oder sonstige Investitionen offen zu legen, so dass Interessenkonflikte in der Berichterstattung vermieden werden können. Für die ständige Selbstverständigung darüber, was ethisch zulässig ist, bilden außerdem die Journalistenzeitschriften wie „Columbia Journalism Review“ und „American Journalism Review“ ein zentrales Forum. Über die dort laufenden Debatten werden auch Standards für den Recherche-Journalismus definiert.

Die Ausbildung eines Selbstverständnisses als „Rechercheur“ wird in den Vereinigten Staaten des Weiteren gefördert durch die striktere Rollentrennung in „reporters“, die recherchieren und schreiben, „editors“, die die redaktionelle Betreuung übernehmen, und „editorial writers“, denen die Kommentierung vorbehalten ist. In Deutschland kommen dagegen viel häufiger Misch Tätigkeiten vor. Patterson und Donsbach haben in ihrer international vergleichenden Journalistenstudie „Media and Democracy“ festgestellt, dass der Anteil der Journalisten, die gleichzeitig selbst recherchieren und kommentieren, in Deutschland bei 74 Prozent, in den USA aber nur bei 17 Prozent liegt. Eine Aufgabenüberlappung beim Recherchieren und Redigieren ermittelte die Forschungsgruppe in

Deutschland bei 57 Prozent, gegenüber 27 Prozent in den USA (vgl. dazu Donsbach 1993). Die stärkere Spezialisierung hat zur Konsequenz, dass sich leichter ein Selbstverständnis als „Rechercheur“ herausbilden kann. Wer recht eindeutig auf diese Rolle festgelegt ist, wird sich zwangsläufig über dieses berufliche Profil definieren und an der Verbesserung handwerklicher Fähigkeiten im eigenen Spezialgebiet arbeiten.

Den höheren Stellenwert der Recherche fanden Donsbach und Patterson auch bei den Quellen wieder, die die Journalisten für ihren letzten Bericht zugrunde gelegt haben (vgl. Tabelle 3): Die US-Journalisten nutzten nach eigenen Angaben häufiger Gespräche mit Experten, Interviews mit Augenzeugen, Kontakte zu Politikern sowie Sprechern von Organisationen, Straßen-Interviews und Umfragedaten. Lediglich bei zwei Quellen lagen die deutschen Journalisten vorn: Sie griffen häufiger auf Agenturmeldungen und Pressemitteilungen zurück, was gewiss nicht als anspruchsvolle „Recherchetechnik“ gelten kann. Dieser empirische Befund deckt sich mit den persönlichen Eindrücken namhafter Auslandskorrespondenten, die die Zeitschrift „Sage & Schreibe“ 1994 für ihr Themenheft über „Journalisten in Deutschland“ befragt hat.

	<b>Deutschland</b>	<b>USA</b>
Augenzeuge	32	49
Straßeninterview	11	16
Politiker	36	46
Experte	49	57
Sprecher von Organisation	22	39
Umfrage	6	15
Pressemitteilung	22	17
Agenturmeldung	57	29
<i>Anzahl der befragten Journalisten</i>	<i>N = 299</i>	<i>N = 281</i>

Tab. 3: Quellen für den letzten Bericht (Quelle: Donsbach 1993: 290)

Zwar liegt die Untersuchung von Patterson und Donsbach mittlerweile lange zurück, doch gibt es empirische Anhaltspunkte dafür, dass die deutschen Journalisten bei der Recherche in der Zwischenzeit nicht aufgeholt haben: Im Vergleich ihrer Erhebungen von 1993 und 2005 konstatiert die Forschungsgruppe um Siegfried Weischenberg eine Abnahme der Zeit, die in deutschen Redaktionen auf Recherche verwandt wird, nämlich von durchschnittlich 140 auf 117 Minuten (Weischenberg/Malik/Scholl 2006: 80). Der Leipziger Journalistik-Professor Michael Haller fand bei der Untersuchung von Regionalzeitungen eine deutliche Zunahme PR-induzierter Texte (Haller 2005). Ferner ermittelte er bei seiner Befragung für die Lokalredaktionen mit durchschnittlich 90 bis 100 Minuten einen geringeren Zeitaufwand für Recherche als die Münsteraner Forschungsgruppe im Jahr 1993 und 2005 (Haller 2004b: 43). Selbst bei den Landesbüros der Nachrichtenagentur dpa ergab eine Studie aus dem Jahr 2005, dass gut die Hälfte der Meldungen auf PR-Mitteilungen zurückging. Die Mehrzahl wurde nicht um weitere Stimmen ergänzt, so dass 87 Prozent der PR-induzierten Meldungen nur eine Quelle hatten (Höhn 2005).

Diese neueren Untersuchungen trüben die Hoffnung, dass sich die von Donsbach konstatierte Kluft mittlerweile geschlossen hat. Auch wenn man seine Schlussfolgerungen aus der gesamten „Media and Democracy“-Studie nicht teilt, deutsche Journalisten würden sich durch einen besonderen politischen Missionseifer auszeichnen, so ist doch seine Einschätzung begründet, dass sich der amerikanische Journalismus im Vergleich zum deutschen stärker als Recherchejournalismus erweist.

Folgerichtig hat sich in den USA bereits früh eine journalistische Berufsorganisation gebildet, die sich speziell der Förderung des investigativen Journalismus widmet (Aucoin 2005: 117ff.). Seit ihrer Gründung 1975 sind die „Investigative Reporters & Editors“ zu einem Verband mit mittlerweile rund 4.000 Mitgliedern angewachsen. Die Organisation bringt Rechercheure zum Erfahrungsaustausch zusammen, bietet Fortbildungen an und trägt damit zu einer sehr fruchtbaren innerprofessionellen Debatte über Recherche bei (Redelfs 1996: 223ff., IRE 2007).

Abgesehen von der Ausbildung, den unterschiedlichen beruflichen Leitbildern und dem Faktor der Redaktionsorganisation dürfte noch ein ganz pragmatischer Grund eine Rolle dafür gespielt haben, dass die US-Journalisten es leichter hatten, einen spezialisierten Berufsverband für Rechercheure ins Leben zu rufen: Die Amerikaner profitieren von der Struktur ihres Medienmarktes. Schon wegen seiner geografischen Ausdehnung handelt es sich um einen regionalen und lokalen Markt. Vor allem die Presselandschaft ist viel stärker als im kleinen Deutschland regional ausgerichtet. Ein Recherchethema, das in Florida erfolgreich war, kann im Mittleren Westen oder an der Westküste problemlos noch

einmal mit ähnlichem Ansatz behandelt werden. Die Journalisten stehen also nicht so stark in Themenkonkurrenz, wie das in Deutschland der Fall ist, und lassen sich eher auf einen Erfahrungsaustausch mit Kollegen ein.

## **6. Ausblick: Übertragbarkeit auf Deutschland stößt an Grenzen**

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass „investigative reporting“ von einer ganzen Reihe von Faktoren profitiert, die US-spezifisch sind. Des Weiteren ist hervorzuheben, dass etliche Einflüsse auf diese journalistische Spezialisierung identifiziert werden konnten, die über die individuelle Ebene journalistischer Tugenden klar hinausgehen. Während Faktoren der politischen Kultur – wie etwa das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und politischen Repräsentanten oder die unterstützende Rolle philanthropischer Organisationen – kaum beeinflussbar und per definitionem nur einem langsamen Wandel unterworfen sind, ergeben sich Ansatzpunkte für die Rechercförderung in Deutschland am ehesten auf der professionellen Ebene. Tatsächlich spricht die Veröffentlichung neuer Lehrbücher und Erfahrungsberichte zum Thema Recherche in den letzten Jahren für ein vermehrtes Interesse an dieser journalistischen Schlüsselqualifikation. Wichtige Anstöße für das Spezialgebiet investigative Recherche sind schließlich von der Selbstorganisation der Journalisten zu erwarten: In den USA, wo es schon früh eine „kritische Masse“ von Journalisten gab, die sich auf investigative Methoden spezialisiert haben, konnte der Berufsverband „Investigative Reporters & Editors“ im Laufe von 30 Jahren die Vernetzung innerhalb der Profession voranbringen, sich in der Fortbildung engagieren und durch Fachtagungen ein Forum für eine lebhaftige Qualitätsdebatte bieten.

Dass mit dem „Netzwerk Recherche“ im Jahr 2001 in Deutschland eine ähnliche Organisation entstanden ist, lässt hoffen, dass die Recherche nunmehr auch hierzulande größeres Gewicht erhält. Mittlerweile sind diesem spezialisierten Berufsverband 450 Journalisten beigetreten. Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen, der Vergabe von Recherche-Stipendien sowie eines Recherche-Preises und der Veröffentlichung von Recherche-Leitfäden entfaltet das Netzwerk Aktivitäten, die nicht zufällig mit denen der amerikanischen Schwesterorganisation vergleichbar sind. Auch in Deutschland ist somit eine Qualitätsdiskussion angestoßen worden, die der Recherckultur nur zuträglich sein kann. Anders als in den USA, wo die IRE in einer Boomphase des „investigative reporting“ gegründet wurden, haben diese Bemühungen in Deutschland allerdings zu einem Zeitpunkt begonnen, der für einen kritischen, hintergründigen Journalismus eher schwierige Rahmenbedingungen bietet: Durch die Anzeigenkrise betreiben viele Zeitungen eher Personalabbau als einen

Ausbau der Recherchekapazitäten. Der Zuspruch, den das Netzwerk Recherche findet, ist in dieser Hinsicht auch als Versuch der Journalisten zu werten, ein kritisches Gegenbild zu den vorherrschenden Medientrends aufrecht zu erhalten.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei abschließend nochmals betont, dass der Recherche-Journalismus auch in den USA nur einen kleinen Ausschnitt der Medienlandschaft repräsentiert. Wie in Deutschland leiden in den Vereinigten Staaten viele Redaktionen zur Zeit unter massiven Personaleinsparungen, und bei den kommerziellen TV-Sendern dominiert die seichte Unterhaltung, mit der sich am sichersten hohe Einschaltquoten erzielen lassen. „Investigative reporting“ steht folglich für eine bestimmte Form des Qualitätsjournalismus und wird schon aufgrund seiner hohen Kosten immer ein Ausnahmephänomen bleiben. Aber im Unterschied zu Deutschland kann sich diese journalistische Spezialisierung dort auf eine Reihe von förderlichen politischen, wirtschaftlichen, juristischen und professionellen Faktoren stützen, die diese wichtige Traditionslinie auch heute noch aus dem journalistischen Mainstream herausheben. „Investigative reporting“ kann folglich nicht für „den US-Journalismus“ schlechthin stehen. Aber er besitzt eine wichtige Funktion als berufliches Leitbild.

## Literatur

- American Civil Liberties Union/ACLU (2004): U.S. Marines Engaged in Mock Executions of Iraqi Juveniles and Other Forms of Abuse, Documents Obtained by ACLU Reveal, 14. Dezember 2004. <http://www.aclu.org/SafeandFree/SafeandFree.cfm?ID=17206&c=206> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Anderson, David/Benjaminson, Peter (1990): *Investigative Reporting*. Second Edition. Ames (IA): Iowa State University Press
- Aucoin, James L. (2005): *The Evolution of American Investigative Journalism*. Columbia (MO): University of Missouri Press
- Bagdikian, Ben H. (2004): *The New Media Monopoly*. Boston: Beacon Press
- Barringer, Felicity (2001): A New Story For Two Rivals From the 70s. In: *New York Times* vom 19. November 2001
- Becker, Lee B./Vlad, Tudor/Tucker, Maria/Pelton, Renée (2006a): 2005 Enrollment Report: Enrollment Growth Continues, But at Reduced Rate. In: *Journalism & Mass Communication Educator* 61. 2006. 297-327
- Becker, Lee B./Vlad, Tudor/Pelton, Renée/Papper, Robert A. (2006b): 2005 Survey of Editors and News Directors. [http://www.grady.uga.edu/ANNUALSURVEYS/AnnualSurvey2005Reports/Editorreport2005\\_merged\\_v5.pdf](http://www.grady.uga.edu/ANNUALSURVEYS/AnnualSurvey2005Reports/Editorreport2005_merged_v5.pdf) (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Better Government Association/BGA (2007): <http://www.bettergov.org> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Blasi, Vincent (1977): The Checking Value in First Amendment Theory. In: *American Bar Foundation Research Journal* 3. 1977. 521-649
- Brendel, Matthias/Brendel, Frank (1998): *Richtig recherchieren. Wie Profis Informationen suchen und besorgen*. Frankfurt am Main: IMK
- Cario, Ingmar (2006): *Die Deutschland-Ermittler. Investigativer Journalismus und die Methoden der Macher*. Münster etc.: LIT-Verlag

- Carter, Bill (2004): Pentagon Ban on Pictures of Dead Troops Is Broken. In: New York Times vom 23. April 2004
- Center for Investigative Reporting/CIR (2007) <http://www.muckraker.org> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Center for Public Integrity/CPI (2007): <http://www.publicintegrity.org> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Dalglish, Lucy A./Leslie, Gregg P. (Hrsg.) (2005): Homefront Confidential: How the War on Terrorism Affects Access to Information and the Public's Right to Know. Sixth Edition. Arlington (VA): The Reporters Committee for Freedom of the Press
- Dao, James/Schmitt, Eric (2002): Pentagon Readies Efforts to Sway Sentiment. In: New York Times vom 19. Februar 2002
- Donsbach, Wolfgang (1993): Journalismus versus journalism – ein Vergleich zum Verhältnis von Medien und Politik in Deutschland und den USA. In: Donsbach, Wolfgang/Jarren, Otfried/Kepplinger, Hans Mathias/Pfetsch, Barbara: Beziehungsspiele: Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Fallstudien und Analysen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung. 283-315
- Facts about Newspapers (2001): Statistical Summary of the Newspaper Industry. Vienna (VA): Newspaper Association of America
- Gaines, William (1998): Investigative Reporting for Print and Broadcast. Second Edition. Chicago: Nelson-Hall
- Gallup (2001): Gallup Poll on Honesty and Ethics in Professions, 27. November 2001
- Gallup (2006): Gallup Poll on Honesty and Ethics in Professions, 14. Dezember 2006
- Gievert, Sebastian (2006): Möglichkeiten von investigativem Journalismus in der deutschen Tagespresse. Diplomarbeit Univ. Leipzig
- Gievert, Sebastian (2007): Den Finger in die Wunde legen. Investigativer Journalismus gedeiht auch unter widrigen Rahmenbedingungen. In: Message 9. Heft 1/2007. 80-83
- Haller, Michael (2004a): Recherchieren. Ein Handbuch für Journalisten. 6., überarbeitete Auflage. Konstanz: UVK
- Haller, Michael (2004b): Bekommt eine starke PR zunehmend schwache Redaktionen in den Griff? Vortrag auf dem 18. Journalistentag der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union am 27. November 2004 in Berlin. Dokumentiert in: DJU (Hrsg.) (2005): Verkommt der Journalismus im bequemen Bett von PR und Marketing? Berlin: DJU
- Haller, Michael (2005): Kundendienst statt Journalismus? Zeitungleser werden mit getarntem PR-Material gefüttert, Überprüfungsrecherchen finden nicht mehr statt. In: Message 7. Heft 3/2005. 14-19
- Hersh, Seymour (2001a): The CIA and the failure of American intelligence. In: The New Yorker vom 8. Oktober 2001
- Hersh, Seymour (2001b): What happened when the Special Forces landed in Afghanistan? In: The New Yorker vom 12. November 2001
- Hersh, Seymour (2004a): Die Befehlskette. Vom 11. September bis Abu Ghraib. Reinbek: Rowohlt
- Hersh, Seymour (2004b): Torture at Abu Ghraib. In: The New Yorker vom 10. Mai 2004
- Hickey, Neil (1998): Money Lust. How Pressure for Profit is Perverting Journalism. In: Columbia Journalism Review 18. 1998. Auch online unter <http://archives.cjr.org/year/98/4/moneylust.asp> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Hielscher, Henryk (2004): Investigativer Journalismus in Deutschland. Zusammenfassung einer unveröffentlichten Diplomarbeit in Journalistik an der Ludwig-Maximilian-Universität München. [http://www.netzwerkrecherche.de/newsletter/10/ergebnisse\\_nr-befragung.pdf](http://www.netzwerkrecherche.de/newsletter/10/ergebnisse_nr-befragung.pdf) (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Höhn, Tobias D. (2005): Die heimlichen Verführer. Für Nachrichtenagenturen ist Öffentlichkeitsarbeit inzwischen zur wichtigsten Informationsressource geworden. In: Message 7. Heft 4/2005. 52-55

- Investigative Reporters & Editors/IRE (2007): <http://www.ire.org> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Jakobi, Robert (2001): Wer? Was? Wann? Wo? Wie? Warum? Investigative Journalisten gründen einen Verein, um dem Handwerk der Recherche zu höherem Ansehen zu verhelfen. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 2. April 2001
- Kirtley, Jane (2000): Is It a Crime? An Overview of Recent Legal Actions Stemming from Investigative Reports. In: Greenwald, Marilyn/Bernt, Joseph (Hrsg.): *The Big Chill. Investigative Reporting in the Current Media Environment*. Ames (IA): Iowa State University Press. 137-155
- Kleinsteuber, Hans J. (1997): Vierte Gewalt – Ein Schlüsselbegriff im Verhältnis von Medien und Politik. In: *Gegenwartskunde* 2. 1997. 159-174
- Kleinsteuber, Hans J. (2002): Markige Sprüche klopfen. In: *Message* 4. Heft 1/2002. 24-27
- Kristof, Nicholas D. (2000): A Master of Bipartisanship with no Taste for Details. In: *New York Times* vom 16. Oktober 2000
- Laventhol, David (2001): Profit Pressures. A Question of Margins. In: *Columbia Journalism Review* 21. 2001. 18-19
- Leif, Thomas (Hrsg.) (1998): *Leidenschaft: Recherche. Skandal-Geschichten und Enthüllungs-Berichte*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Leif, Thomas (Hrsg.) (2003): *Mehr Leidenschaft Recherche. Skandal-Geschichten und Enthüllungs-Berichte. Ein Handbuch zur Recherche und Informationsbeschaffung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Lewis, Anthony (1991): *Make No Law. The Sullivan Case and the First Amendment*. New York: Random House
- Leyendecker, Hans (2001): Welttag der Pressefreiheit: Erst die Recherche, dann die Meinung. In: *Spiegel Online* vom 3. Mai 2001. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,131663,00.html> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Lippman, Thomas W. (Hrsg.) (1989): *The Washington Post Desk Book on Style*. New York etc.: McGraw-Hill
- Ludwig, Johannes (2002): *Investigativer Journalismus: Recherchestrategien, Quellen, Informanten*. Konstanz: UVK
- McClosky, Herbert/Zaller, John (1984): *The American Ethos: Public Attitudes toward Capitalism and Democracy*. Cambridge (MA) etc.: Harvard University Press
- National Security Archive (2004): *The Freedom of Information Act on its 38<sup>th</sup> Birthday*. <http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/news/20040704/index.htm> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Netzwerk Recherche (Hrsg.) (2003): *Trainingshandbuch Recherche. Informationsbeschaffung professionell*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Pöttker, Horst (2003): Schweine, Hunde. Politiker beschimpfen Journalisten – ein Grund zur Sorge um die Kommunikationsfreiheit? In: Langenbacher, Wolfgang R. (Hrsg.): *Die Kommunikationsfreiheit der Gesellschaft. Die demokratischen Funktionen eines Grundrechts*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. 189-207
- Preger, Sven (2004): *Mangelware Recherche*. Münster etc.: LIT-Verlag
- Pulitzer (2007): <http://www.pulitzer.org> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Redelfs, Manfred (1996): *Investigative Reporting in den USA. Strukturelle Voraussetzungen eines Journalismus der Machtkontrolle*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Redelfs, Manfred (2001a): Computer-Assisted Reporting als neue Form der Recherche – von „Dirty Dining“ bis „Redlining“. In: Kleinsteuber, Hans J. (Hrsg.): *Aktuelle Medientrends in den USA: Journalismus, politische Kommunikation und Medien im Zeitalter der Digitalisierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag. 140-153
- Redelfs, Manfred (2001b): Freedom of Information Act. The Public's Right to Know. In: *Message* 3. Heft 3/2001. 38-43
- Redelfs, Manfred (2005): Informationsfreiheit: Deutschland als verspätete Nation. Warum die Bundesrepublik sich schwer tut mit dem Abschied vom „Amtsgeheimnis“. In: Ahrweiler,



- Petra/Thomaß, Barbara (Hrsg.): Internationale partizipatorische Kommunikationspolitik. Strukturen und Visionen. Münster etc.: LIT-Verlag. 201-239
- Roberts, Gene (Hrsg.) (2001): Leaving Readers Behind. The Age of Corporate Newspapering. Fayetteville (AR): University of Arkansas Press
- Schöfthaler, Ele (1997): Recherche praktisch. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis. München: List Verlag
- Scholl, Armin/Weischenberg, Siegfried (1998): Journalismus in der Gesellschaft: Theorie, Methodologie und Empirie. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Schuler, Thomas (2002): Die Geschichtenerzähler. In: Message 4. Heft 2/2002. 80-84
- The State of the News Media 2005. An Annual Report on American Journalism. Executive Summary. <http://www.stateofthenewsmedia.org/2005/execsum.pdf> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Ullmann, John (1995): Investigative Reporting: Advanced Methods and Techniques. New York: St. Martin's Press
- United States Department of Justice/USDOJ (2004): FOIA Amended by Intelligence Authorization Act. <http://www.usdoj.gov/oip/foiapost/2002foiapost38.htm> (zuletzt abgerufen am 1.3.2007)
- Weaver, David H./Wilhoit, G. Cleveland (1996): The American Journalist in the 1990s. U.S. News People at the End of an Era. Mahwah (NJ): Erlbaum
- Weaver, David H./Wilhoit, G. Cleveland (2007): The American Journalist in the 21st Century. U.S. News People at the Dawn of a new Millennium. Mahwah (NJ): Erlbaum
- Weinberg, Steve (Hrsg.) (1996): The Reporter's Handbook. An Investigator's Guide to Documents and Techniques. Third Edition. New York: St. Martin's Press
- Weischenberg, Siegfried (1995): Journalistik, Band 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz: UVK
- Woodward, Bob (2001): CIA Units Lead Planes and Troops to Targets. In: International Herald Tribune vom 19. November 2001
- Zimmerman, Kevin (1993): Weekly Mag Reshaped TV News. In: Variety vom 8. November 1993. 41-44